Netzwerk
Erinnerung + Zukunft
in der Region Hannover e.V.

Newsletter

Berichte – Informationen – Debatte

Mai 2023

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,
der Newsletter wird ein wenig reformiert. Das Netzwerk wird monatlich einen gesonderten Veranstaltungskalender publizieren, deshalb fallen künftig im Newsletter solche weg. Das sollte angekündigt und vorbereitet ab Juni geschehen. Wegen technischer und gestalterischer Probleme muss diese Reform auf den Juli verschoben werden. Pardon!. Deshalb sind hier noch einige Veranstaltungen notiert, andere werden wie gewohnt bekannt gegeben. Wir haben uns für ein neues Mitteilungsformat entschieden, um Veranstaltungshinweise in Hannover und Region gebündelt und übersichtlich darstellen zu können. Die ständig vom Büro aus versendeten Mails zu Veranstaltungsterminen fallen also zum Großteil weg – wenn alle Ankündigenden ihre Termine rechtzeitig ins Büro zu melden. Dass spontane Aktionen dennoch über unseren Mailverteiler ihre Adressat*innen finden, versteht sich. Mit dieser kleinen Reform einher geht der Wunsch, dass sich der Charakter des Newsletters wieder in Richtung Berichte und Debatte verändert. Die Zahl der politischen und erinnerungskulturellen Veranstaltungen in Hannover und Region ist so erheblich, dass niemand alle Termine wahrnehmen kann. Umso wichtiger ist es, dass sich Teilnehmende bereitfinden, über die Veranstaltungen zu berichten – es macht sonst keine/r –, damit ein großer Kreis von Interessierten zumindest mittelbar Einblick in das Gebotene bekommt. Diesmal sind etliche Berichte eingegangen. Vielen Dank an die Zusender*innen für ihre Mühen. Weiterhin und außerdem sind wir für jeden Debattenbeitrag, jede Rezension, jede Gedankenskizze oder auch pure Information dankbar. Die Beobachtung, dass sich in den letzten Monaten zu dem wichtigen Thema des Angriffskriegs auf die Ukraine unterschiedliche Positionen in unseren Reihen in Anschweigen ergehen statt einen diskursiven Dialog zu führen, ist Motivation, die Debatte erneut öffentlich in Gang zu bringen. Dabei sollten auch Argumentationstiefen ausgelotet werden, die weniger mit der Frage Waffenlieferungen oder nicht zu tun haben, als in (selbst)kritischer Weise tradierte Positionen auf ihre Plausibilität, ihrer Haltbarkeit und ihre Wahrhaftigkeit in der Gegenwart überprüfen. In solch einer Debatte, geführt von Menschen, die wegen ihrer politischen und erinnerungskulturellen Positionen im Netzwerk zusammengeschlossen sind, muss keine Kuscheleinigkeit hergestellt werden. Doch wenn miteinander reden dazu beiträgt, Positionen einander verständlich zu machen, sich eventuell argumentativ inhaltlich anzunähern oder auch nur auf Billigkeit zu verzichten, wäre schon einiges erreicht.
Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Berichte

- Erinnerungsbußgang 2023
- Gedenktag Frauen KZ Limmer
- Ausstellung der Friedensbibliothek Berlin
- Platzbenennung im Andenken an Rabbiner Dr. Emil Schorsch
- Das Netzwerk am 1. Mai
- Tag der Befreiung. Deutsche und polnische Jugendliche gedenken am Ehrenfriedhof
- Gedenken an die Bücherverbrennung vor 90 Jahren
- Über die Geschichte des KZ Misburg
- Forum junge Forschung Wir suchen eure Forschungsarbeiten
- Honorarkräfte für ein Projekt zu Halim Dener gesucht
- Treffen am Abgrund – Rezension

Veranstaltungen im Juni 2023

Debatte

- Ukraine – Macht euch ehrlich!

Erinnerungs-Bußgang Hannover-Bergen/Belsen 2023

Nach zwei-jähriger Unterbrechung fand vom 31.03. - 02.04. wieder der Erinnerungs-Bußgang von Hannover zum KZ Bergen-Belsen statt. 17 Personen im Alter von 25 – 75 Jahren versammelten sich und machten sich am 31.03. vom Kirchen-Zentrum Mühlenberg aus auf den ca. 65 km langen Weg. Am Palmsonntag endete der Bußgang mit einer Andacht auf dem sowj. Soldaten-Friedhof in Hörsten/Lohheide. Übernachtet wurde in zwei Kirchgemeinden unterwegs und die Nahrungsaufnahme traditionell auf das notwendigste beschränkt. Das Gepäck wurde durch ein Begleitfahrzeug transportiert. Sanitäter des MHD Celle begleiteten die Marschgruppe.
Es geht auf diesem Gang im Wesentlichen darum, unterwegs ein historisches Ereignis (Todesmärsche 1945 u.a.) zu reflektieren, auch wenn es schmerzt. Es ist auch ein Versuch, den damals unterwegs ermordeten Häftlingen ihre Würde wiederzugeben und zu zeigen, dass sie nicht vergessen sind. Auch wird darüber nachgedacht, was 13 Jahre Nazi-Herrschaft mit den Menschen und unserem Land angerichtet haben und welche Lehren wir für die Zukunft daraus ziehen können, sowie als Christen uns in die Kar-Woche bzw. den Leidensweg Christi einzustimmen.

Foto. Wolfgang Schwenzer

Dabei beten wir mit den Füßen und schweigen unterwegs zeitweise mit den Lippen. Vor-Österliche Bußgänge oder Kreuzgänge gehören ja zum christlichen Brauchtum und werden immer noch gepflegt. Wir sind deswegen auch keine besseren Menschen und können nicht die Welt retten, aber die Bewegung auf dem Marsch be-wegt auch das Innere und kann zu einer Richtungs- oder Meinungsänderung im eigenen Leben führen. Es ist vielleicht ein Wagnis, aber es lohnt sich. Und man kommt am Ende des Weges anders heraus, als es zu Beginn zu vermuten ist. Ein paar Blasen an den Füßen gehören mitunter auch dazu. Na und ? Erfreulich war, dass einige neue Pilger dabei waren, die vom Bußgang über Publikationen unseres Netzwerks Erinnerung und Zukunft e.V. erfahren hatten. Insgesamt herrschte trotz des widrigen Wetters eine harmonische und vorurteilsfreie Atmosphäre untereinander. Der Erinnerungs-Bußgang hat sich in den letzten 40 Jahren weiter etabliert und wird jährlich immer am Wochenende des jeweiligen Palm-Sonntags durchgeführt.
Wolfgang Schwenzer

Eindrucksvolles Gedenken an die Befreiung des KZ Conti-Limmer

Über 100 Menschen kamen am Ostermontag, dem 10. April 2023, am Gedenkstein für das Frauen-KZ Conti Limmer in der Sackmannstraße zusammen, um an den 78. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers zu erinnern und der Gefangenen zu gedenken.

Horst Dralle vom Arbeitskreis wies in seiner Begrüßung auf die Bedeutung der immerwährenden Erinnerung an das Versagen der Menschen im Nationalsozialismus als Schutz vor einer Wiederholung hin. Er führte kurz in die folgende Lesung ein, in deren Mittelpunkt – stellvertretend für alle Gefangenen des KZ Conti-Limmer – Maria Suszyńska-Bartman stand, und wies darauf hin, dass nach ihr künftig ein Weg in der angrenzenden »Wasserstadt Limmer« benannt sein wird.

Bezirksbürgermeister Rainer-Jörg Grube äußerte in einem Grußwort sein Bedauern, dass sich die Umsetzung des Gedenkorts für das KZ Limmer weiter verzögere, und warnte davor, antimilitaristische Lehren aus der Geschichte und darauf basierende Grundwerte angesichts des Ukraine-Krieges leichtfertig aufzugeben oder gar zu diffamieren.

Foto: Tim Rademacher

Vier Mitglieder des Arbeitskreises schilderten anschließend Stationen des Leidenswegs der polnischen Schriftstellerin Maria Suszyńska-Bartman anhand von Auszügen aus ihrem eindrucksvollen Bericht »Unheilige Märtyrerinnen« – und davon inspirierten Gemälden ihres Großneffen Kenneth Susynski, einem in den USA lebenden Kunstmaler, die der Arbeitskreis auf großen Bannern erstmals öffentlich präsentierte. Das **vollständige Skript** mit den Auszügen aus Maria Suszyńska-Bartmans Bericht, den erläuternden Texten und den Bildern kann als PDF-Datei auf der Seite https://www.kz-limmer.de/news/gedenken2023.html heruntergeladen werden. Dort ist auch eine kleine Bildergalerie zu finden.

Für die musikalische Gestaltung der Veranstaltung sorgte der DGB-Chor Hannover unter der Leitung von Karin Fischer mit dem »Lied von der Moldau« von Bert Brecht und dem polnischen Lied »Gdybym to ja miała«.

Arbeitskreis »Ein Mahnmal für das Frauen-KZ in Limmer«

Am Ostermontag 2023 mündete eine ungewöhnliche Kooperation in einer bemerkenswerten Ausstellung.

Auf Vermittlung des Netzwerkes „Erinnerung und Zukunft“ nahm die Initiative „Lebensraum Linden“ Kontakt zur Bethlehem-Kirche auf, um die Ausstellung „Entfernung von der Truppe“ der Friedensbibliothek Berlin in Hannover zu präsentieren. Der neue Pastor Marcus Buchholz war von diesem Vorhaben sehr angetan und stellte nicht nur die Gemeinderäume für die eindrucksvollen Schwarz-Weiß-Bilder (bis zum 26. April) zur Verfügung, sondern er nahm sie auch zum Anlass, um im Ostermontagsgottesdienst die verschiedenen Facetten des Krieges zu vergegenwärtigen.

Foto: A. Biedenkapp

Ausgehend von biblischen Zitaten konstatierte er, dass Kriege nicht Gottes Willen entsprächen und Jesus in friedlicher Mission unterwegs war. Aber dennoch sei es bis zum

heutigen Tag nicht gelungen, Kriege zu verhindern noch die bestehenden zu beenden. Ein Dietrich Bonhoeffer konnte daran nichts ändern: Obwohl oder gerade weil er unerschütterlich an Gott glaubte und jenen „ins Rad fiel, die Böses im Schilde führten“, wurde er auf persönlichen Befehl Hitlers 1945 hingerichtet. Machtlos, aber dennoch wirksam gewesen seien auch die Friedensaktivistin Dorothee Sölle sowie zahllose andere Akteur*innen und Kriegsdienstverweigerer. Zu letzteren gehört übrigens auch Michael Jürging vom „Lebensraum Linden“, der im Altargespräch mit dem Pastor eindrucksvoll seine Wandlung vom überzeugten Wehrdienstleistenden zum vehementen Gegner kriegerischer Auseinandersetzungen schilderte.
Die ausgestellten Fotos sind der anschauliche Beleg der mit Krieg einhergehenden Grausamkeiten.

Foto: Anke Biedenkapp

Vor diesem Hintergrund unterstrich Marcus Buchholz, dass Friede mehr ist als Abwesenheit von Krieg und dass der Frieden in den Köpfen beginnen müsse. Die aktuellen Ostermärsche seien Ausdruck für den Wunsch nach einer Welt ohne Waffen. Aber da Frieden genauso wenig selbstverständlich ist wie die Demokratie, gälte es allerorten entsprechendes Engagement wertzuschätzen wie z.B. den lebensgefährlichen Einsatz des Kirchenvorstehers, der 1943 nach Luftangriffen Brandbomben aus der Dreifaltigkeitskirche entfernte; oder die Erzählcafés, die gelebte Geschichte präsent machen; oder die Arbeit des noch jungen hannoverschen ZeitZentrums Zivilcourage.
In diesem Sinne werden wir im Netzwerk weiterhin Erfahrungen aus der Geschichte reflektieren, um sie in Kooperationsprojekte einzubringen, die einem friedlichen und Demokratie fördernden Miteinander zuträglich sind.
Anke Biedenkapp

Hintergründe und Bedeutung einer Platzbenennung für die gegenwärtige Erinnerungskultur

Allen Witterungsbedingungen zum Trotz wurde am 25. April 2023 zwischen Sonnenschein und Regen – akustisch eingebettet in Cellospiel und Vogelgezwitscher – ein idyllischer Platz auf dem Kronsberg nach dem Rabbiner Dr. Emil Schorsch benannt. Zu diesem Anlass eingefunden hatten sich etliche Anwohner*innen und natürlich diverse Akteur*innen der Erinnerungskultur.
Wer es nicht schon wusste, erfuhr im Rahmen der bewegenden Zeremonie, dass „Schorsch“ sich vor allem sehr bemüht hatte, zeitgemäße Jugendarbeit zu leisten – wozu damals auch gemischtgeschlechtliche Exkursionen in das nahe Umland, wie den Kronsberg, gehörten. Und es wurde viele weitere Details zum Leben und Wirken des Rabbiners vorgetragen. Insbesondere sein 1935 geborener Sohn Ismar Schorsch, der mit seiner Familie aus den USA angereist war, wusste anschaulich aus dem Denken und Handeln seines charismatischen Vaters zu berichten. Von großem Nutzen waren ihm dabei die erhaltenen Redetexte, mit denen der Ältere die säkular ausgerichtete Gemeinde zum Judentum (zurück-) führen wollte. Vor diesem Hintergrund bedarf es keiner weiteren Erklärung, dass Ismar Schorsch sich ebenfalls intensiv mit den vielfältigen Facetten des Judentums beschäftigte und schließlich seine berufliche Laufbahn darauf begründete; wichtige Stationen seines Werdeganges waren das Kanzleramt des Jewish Theological Seminary in New York und die Präsidentschaft des Leo Baeck Instituts. Aktuell hat er die Rabbi-Herman Abramovitz-Professor für Jüdische Geschichte inne.

Unter dem Schild eingefunden haben sich: Ismar Schorschs Sohn mit seiner Frau Sally, seinem Sohn Jonathan, seinen beiden Töchtern sowie einem Enkel. Davor: Michael Fürst, Belit Onay, Bernd Rödel und Ursula Rudnick (Begegnung – Christen und Juden. Niedersachsen e. V.) Foto: Anke Biedenkapp

Auch Michael Fürst, der Präsident des Landesverbandes Jüdischer Gemeinden Niedersachsens, konnte einige biografische Anmerkungen beisteuern: Fürsts Vater hatte noch die Bar Mitzwa unter dem Rabbinat von Emil Schorsch vollzogen, bevor dieser – nach kurzer Inhaftierung in Buchenwald – 1938 über England nach New York emigrierte. Und hier

erhielt der Sohn, Prof. Dr. Ismar Schorsch, in Gegenwart von Fürst 2019 das Bundesverdienstkreuz.
Oberbürgermeister Belit Onay und Bezirksbürgermeister Bernd Rödel richteten in ihren Grußworten den Fokus naturgemäß mehr auf die Gegenwart. Als politische Verantwortungsträger interessierte sie vor allem der Transfer des „Schorschen Denk- und Handlungsparameter“ auf die aktuelle Bildungspraxis und wie daraus eine wirkungsvolle Eindämmung des zunehmenden Antisemitismus abgeleitet werden könne.
Fazit: Vordenker wie Schorsch Senior und Schorsch Junior, Begegnungsräume im Stadtbild wie dieser Platz sowie die vorbildhafte Arbeit des ZeitZentrum Zivilcourage – das hier für die Veranstaltungsorganisation zuständig war – sind unverzichtbare Impulsgeber bzw. Eckpfeiler zur Festigung von religiöser Toleranz, Weltoffenheit und einer demokratischen Gesellschaft.
Anke Biedenkapp

Das Netzwerk auf der 1. Mai-Veranstaltung des DGB in Hannover

Viele Gespräche wurden geführt, Informationen gegeben und Nachfragen beantwortet.

Fotos: A. Biedenkapp

Gemütliche Momente gab es auch.

Nur selten haben wir Gelegenheit, die Arbeit des Netzwerkes und seiner Mitglieder vor so vielen interessierten Menschen zu präsentieren.
Horst Dralle

Tag der Befreiung

Deutsche und polnische Jugendliche gedenken am Ehrenfriedhof

Am 8. Mai 2023 fand die offizielle Gedenkveranstaltung zum „Tag der Befreiung“ am Ehrenfriedhof Maschsee-Nordufer statt. Jugendliche der deutsch-polnischen Jugendbegegnung „Zivilcourage – für welche Werte stehe ich?“ gestalteten die Veranstaltung mit eignenen Beiträgen. Eingeladen hatten die Landeshauptstadt Hannover – ZeitZentrum Zivilcourage, die IG Metall und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

© LHH

Teilnehmer*innen der deutsch-polnischen Jugendbegegnung „Zivilcourage – für welche Werte stehe ich?“ am 8. Mai 2023 am Ehrenfriedhof Maschsee-Nordufer

An der Gedenkveranstaltung gedachten über hundert Menschen der Verfolgten und Opfer des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs. Oberbürgermeister Belit Onay betonte in seinem Grußwort, wie wichtig eine lebendige Erinnerungskultur ist. Gerade in Zeiten, in denen wieder mitten in Europa Krieg herrscht. „Der 8. Mai 1945 bleibt nicht nur ein deutscher, sondern ein europäischer, ja globaler Knotenpunkt der Erinnerung – nicht nur für Jahrzehnte, sondern mutmaßlich für Jahrhunderte danach.“

Im Fokus der Gedenkveranstaltung standen vier Präsentationen, die Schüler*innen der St. Ursula Schule und der IGS Südstadt aus Hannover und des XV Liceum Ogólnokształcące z Oddziałami Dwujęzycznymi aus Warschau gemeinsam im Rahmen der deutsch-polnischen Jugendbegegnung „Zivilcourage – für welche Werte stehe ich?“entwickelt hatten. Unter dem Motto "Don’t forget us – Vergesst uns nicht" wurden Lebensgeschichten unterschiedlicher Verfolgter vorgestellt. Bei "Remembrance in poetry" zitierten die Schüler*innen Gedichte von Mascha Kaléko & Krzysztof Kamil Baczyński in deutscher und polnischer Sprache. Zum Abschluß der Veranstaltungen sangen die Jugendlichen gemeinsam mt den Teilnehmer*innen das Lied "Die Gedanken sind frei" in Erinnerung an die Menschen, die in geistiger Opposition zu dem Nationalsozialismus standen.

© LHH

Oberbürgermeister Belit Onay mit den Teilnehmer*innen der deutsch-polnischen Jugendbegegnung „Zivilcourage – für welche Werte stehe ich?

Die Schüler*innen aus Warschau waren vom 5. bis 9. Mai 2023 zu Gast in Hannover. Bereits im April war eine Gruppe Jugendlicher der St. Ursula-Schule und der IGS Südstadt anlässlich des 80. Jahrestags des Aufstands im Warschauer Ghetto in Polen gewesen. Im Rahmen der vom ZeitZentrum Zivilcourage organisierten Jugendbegenung verbrachten die Jugendlichen der drei Schulen nun gemeinsam Zeit in Hannover. Im ZeitZentrum Zivilcourage arbeiteten, mit Unterstützung des pädagogischen Team, gemeinsam zu den Themen Nationalsozialismus und (europäischer) Erinnerungskultur und erarbeiteten die Beiträge für die Gedenkveranstaltung. Oberbürgermeister Belit Onay empfing die Jugendlichen im Rathaus und dankte ihnen ausdrücklich für ihr Engagement.

Die deutsch-polnische Jugendbegegnung steht in der Tradition der internationalen Jugendbegegnungen, die die Städtische Erinnerungskultur/das ZeitZentrum Zivilcourage seit 2011 regelmäßig durchführt. Durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine musste die Jugendbegegnung anders aufgestellt werden. In diesem Jahr haben erstmalig keine russischen Schüler*innen teilgenommen,

ZeitZentrum Zivilcourage /LHH städtische Erinnerungskultur

Redaktionelle Anmerkung zu dieser gelungenen Veranstaltung: Anlässlich dieses Gedenktags ist es trotz des gegenwärtigen mörderischen Kriegs Russlands gegen die Ukraine geboten, den Völkern der Sowjetunion und der sowjetischen Armee, die entscheidend zum Sieg über NS-Deutschland beigetragen haben, für ihre Opfer zu danken. Und auch ein Zweites hat der Redner OB Onay vergessen; in der Ukraine haben wir es nicht mit dem „ersten Krieg nach 1945 in Europa“ zu tun; schon der mörderische Krieg auf dem Balkan im Zuge der Auflösung jugoslawischer Staatlichkeit hat Europa erschüttert.

Gedenken an die Bücherverbrennung vor 90 Jahren
Schüler*innen der Tellkampfschule erinnerten an verfolgte Autor*innen

Am 10. Mai 2023 erinnerte die Landeshauptstadt Hannover in Kooperation mit der Tellkampfschule an die Bücherverbrennung in Hannover vor 90 Jahren am 10. Mai 1933.

© LHH

Gedenktafel an die Bücherverbrennung 1933 in Hannover

Bei der öffentlichen Gedenkveranstaltung an der Geibelbastion am Maschsee betonte Oberbürgermeister Belit Onay in seinem Grußwort: „Die Bücherverbrennung ist für uns auch heute noch ein Warnsignal. Demokratiefeinde erkennt man auch daran, dass sie versuchen, freie und unabhängige Gedanken zu bekämpfen. Toleranz und Meinungsvielfalt sind ihnen ein Gräuel."
Schüler*innen der Tellkampfschule Hannover präsentierten anschließend textliche und musikalische Beiträge zur Bücherverbrennung, in dem sie beispielsweise in einem Redebeitrag die Notwendigkeit des Erinnerns hervorhoben und Zitaten von Autoren vorlasen, deren Bücher verbrannt wurden.

© LHH

Oberbürgermeister Onay bei der Gedenkveranstaltung an die hannoversche Bücherverbrennung vor 90 Jahren

© LHH

Gedenkveranstaltung an die hannoversche Bücherverbrennung vor 90 Jahren, 2023

ZeitZentrum Zivilcourage /LHH städtische Erinnerungskultur

KZ Misburg

Historiker Rainer Fröbe berichtete über Geschichte des KZ-Außenlagers

Am 11. Mai 2023 referierte der Historiker Rainer Fröbe im Rathaus Misburg zur Geschichte des ehemaligen KZ-Außenlagers bei der Deurag-Nerag in Hannover-Misburg. Der vom ZeitZentrum Zivilcourage in Kooperation mit dem Stadtbezirksratsmanagement Misburg-Anderten organisierte Vortrag war eine Informationsveranstaltung im Rahmen der aktuellen Einwohner*innenbeteiligung zur Namensfindung für die städtische Grünfläche am Mittellandkanal / Hannoversche Straße.

© LHH

Historiker Rainer Fröbe bei seinem Vortrag zur Geschichte des KZ Misburg im Rathaus Misburg

In seinem Vortrag "Zur Geschichte des KZ Misburg vor und nach 1945" ging der Historiker Rainer Fröbe, der bereits Anfang der bereits 1983 die maßgebliche Forschungsarbeit zum KZ Misburg geleistet hatte, ausführlich auf die Entstehung und die Funktion des KZ-Außenlagers in Misburg, die Zusammensetzung der Häftlinge und einzelne Schicksale von Häftlingen ein, die auf dem Gelände der Deurag-Nerag ermordet wurden. Im weiteren Teil des Vortrags skizzierte Rainer Fröbe anhand zahlreicher Bilder die Nutzung des Geländes nach 1945 und

stellte die Initiativen ehemaliger Häftlinge zur Errichtung des Denkmals an der Hannoverschen Straße dar.
ZeitZentrum Zivilcourage /LHH städtische Erinnerungskultur

Forum junge Forschung
Wir suchen eure Forschungsarbeiten
Am 14. November 2023 geht das „Forum junge Forschung“ in die zweite Runde. Die Veranstaltung bietet den Forschungsarbeiten junger Wissenschaftler*innen eine Bühne und lädt zum Gespräch über die Ergebnisse ein.

© LHH

Wir wollen mit Euch in entspannter Atmosphäre über Eure Abschlussarbeiten sprechen.
Du möchtest beim „Forum junge Forschung“ dabei sein und Deine Forschungsarbeit vorstellen? Hier findest Du weitere Informationen:

Was ist das „Forum junge Forschung“?
Jedes Jahr entstehen unzählige Forschungsarbeiten und Projektergebnisse von Studierenden und Nachwuchswissenschaftler*innen im Kontext von Nationalsozialismus, Erinnerungskultur und Zivilcourage. Sie haben ein enormes Potential für Wissenschaft und Zivilgesellschaft.
Das „Forum junge Forschung“ bietet Studierenden und Nachwuchswissenschaftler*innen die Möglichkeit, im Rahmen einer öffentlichen Abendveranstaltung ihre Forschungen zu präsentieren. Im Fokus stehen wissenschaftliche Abschlussarbeiten. Ziel der Veranstaltung ist es, jungen Forschungsprojekten eine öffentliche Aufmerksamkeit zu schenken und ihre Ergebnisse in angenehmer und entspannter Atmosphäre vorzustellen und zu diskutieren.
In zehnminütigen Inputs stellt Ihr Eure Arbeiten vor. In den daran anschließenden „Bierdeckelrunden“ stellen die Zuhörenden schriftlich Fragen, die durch die Moderation in das Gespräch mit Euch aufgenommen werden. Zum Abschluss der Veranstaltung kommen wir dann bei einer Limonade ins lockere Gespräch.
Die Veranstaltung ist Teil der Reihe „[Z]ivilcourage jetzt!“ vom ZeitZentrum Zivilcourage.
Für die Referent*innentätigkeit zahlen wir ein kleines Honorar.

Wie kann ich mich mit meiner Forschungsarbeit bewerben?

Bitte sende ein kurzes Abstract Deiner Forschungsarbeit (max. 350 Wörter) an das-z@hannover-stadt.de.
Der Bewerbungszeitraum endet am **30. Juni 2023.**
Voraussetzungen für die Bewerbung:

- Es handelt sich um eine Abschlussarbeit (Bachelor oder Master), die bereits abgeschlossen und benotet ist.
- Deine Forschungen liegen in den Themenbereichen Nationalsozialismus, Erinnerungskultur, Demokratie und Zivilcourage.

Bei weiteren Fragen melde Dich gerne unter das-z@hannover-stadt.de.
Wir freuen uns auf Eure Bewerbungen!
ZeitZentrum Zivilcourage /LHH städtische Erinnerungskultur

Honorarkräfte gesucht!
Multiperspektivische Dokumentation zum Fall Halim Dener

Der kurdisch-stämmige Halim Dener flüchtete 1994 als unbegleiteter Minderjähriger aus der Türkei nach Deutschland. Er wurde politisch aktiv und setzte sich gegen die Kurd*innenverfolgung sowie das 1993 erlassene PKK-Verbot ein. Im Sommer 1994 wurde er beim Aufhängen von Plakaten einer PKK-Untergrundorganisation am hannoverschen Steintorplatz durch einen Schuss aus der Waffe eines Zivilpolizisten getötet. Der Fall löst bis heute heftige inhaltliche Kontroversen aus, auch um mögliche Erinnerungszeichen. Der Tod Halim Deners ist Teil der hannoverschen Erinnerungskultur geworden, wurde jedoch noch nie umfassend gesellschaftlich diskutiert.
Das Projekt: Das ZeitZentrum Zivilcourage der Landeshauptstadt Hannover plant eine multiperspektivische und mehrsprachige Dokumentation zu dem Fall Halim Dener, um die Basis für eine gemeinsame Diskussion zu bilden. Durch die Auswertung von kurdischer, deutscher und türkischer Berichterstattung sollen alle Perspektiven gehört, Unterschiede und Gemeinsamkeiten gefunden und ein Dialog begonnen werden. Für die Dokumentation sollen digitale und analoge Pressemedien (aus Pressearchiven/Archiven/Bibliotheken), aber ebenso ephemere Medien wie Flugblätter von 1994 bis heute erfasst und nach festgelegten Kriterien ausgewertet werden.

Für die Auswertung von Presseartikeln kurdischer und türkischer Medien suchen wir 2 Honorarkräfte:

• 1 Person, die Deutsch und Kurdisch und 1 Person, die Deutsch und Türkisch muttersprachlich/auf hohem Niveau beherrscht, mit den jeweiligen Kulturen vertraut ist und mündlich und schriftlich auf gehobenem Niveau hin und her übersetzen kann.
• Erstrebenswert ist ein Studium im Bereich der Geisteswissenschaften, dies ist jedoch keine Voraussetzung
• Besonders wichtig ist die Fähigkeit der selbstständigen Recherche, sowie der Informations- und Materialbeschaffung in Archiven und Bibliotheken, aber auch bei zivilgesellschaftlichen Gruppen.

Notwendig ist daher ebenso die Kenntnis über die kurdische bzw. türkische Medienlandschaft und der lokalen Interessensvertretungen in Hannover.
Die Presseauswertung soll in einem Zeitraum von circa 4 Monaten abgeschlossen sein und wird pauschal über einen Honorarvertrag vergütet.
Wir freuen uns über Ihr Interesse!
Melden Sie sich gerne mit einer kurzen Bewerbung - und auch bei Rückfragen bei uns:
Erinnerungskultur@hannover-stadt.de
Kontakt:
ZeitZentrum Zivilcourage 0511 – 168 42088
Osterstr. 46 www.hannover.de/das-z
30159 Hannover das_z_hannover

Treffen am Abgrund – Rezension

Vom 20. November 1945 bis zum 1.Oktober1946 fand in Nürnberg der Prozess gegen 21 führende Repräsentanten des NS-Regimes statt. Angeklagt wurden sie von den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs: USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion.
Zu diesem Jahrhundertprozess reisten Reporter*innen und Berichterstatter*innen aus der ganzen Welt an. Im Schloss des Schreibwarenfabrikanten Faber-Castell wurde ein so genanntes Press Camp eingerichtet. Hier lebten fast ein Jahr lang mehrere hundert Korrespondent/innen beengt zusammen, darunter viele berühmte Persönlichkeiten wie Erika Mann, John Dos Passos, Erich Kästner, Martha Gelhorn und Willy Brandt. Kapitelweise widmet sich der Autor dieser empathisch komponierten Studie den Biografien seiner zwölf Protagonist*innen. Er beschreibt ihre Haltung zu den Angeklagten und dokumentiert ihre Eindrücke von der deutschen Bevölkerung in dieser unmittelbaren Nachkriegszeit. Ein Gegensatz sticht für mich besonders heraus: Erika Mann, Tochter von Thomas Mann, die wie ihre ganze Familie ins Exil ging, steht den Deutschen unversöhnlich gegenüber, während ihr Bruder Golo sich in den achtziger Jahren für die Freilassung von Rudolf Heß einsetzt.
In diesem gut zu lesenden Buch ohne lästige Fußnoten trifft Weltliteratur auf Weltgeschichte. Es sind nicht nur deutsche Schriftsteller*innen, sondern auch amerikanische, französische und, wenn auch nur am Rande sowjetische Literat*innen, deren Einstellungen und Sichtweisen beschrieben werden und das Buch überaus lesenswert machen.

*Uwe Neumahr, Das Schloss der Schriftsteller. Nürnberg *46. Treffen am Abgrund, C.H.Beck Verlag 26 Euro*

Inge Schendel

Veranstaltungen im Juni 2023

Israel 75: Ein Staat für alle seine BürgerInnen?
Die Friedensorganisation Givat Haviva im Ringen um eine gleichberechtigte Gesellschaft

Vortrag und Diskussion: Torsten Reibold, Europa-Repräsentant von Givat Haviva, Israel

Freitag, 2. Juni 2013, 18 Uhr

Mit der Vereidigung der rechtesten Regierung seit Staatsgründung im Dezember letzten Jahres ist Israel in Aufruhr. Denn obwohl mit einer komfortablen Mehrheit ausgestattet, wurde die neue Regierung unter Ministerpräsident Binyamin Netanyahu nicht das Signal zum Ende der politische Krise, sondern zum Fanal für eine Verfassungskrise, die eine existenzielle Bedrohung für den Charakter des Staates als liberale Demokratie darstellt.
Seit Jahresbeginn gehen wöchentlich hunderttausende Menschen in Israel auf die Straße, um gegen diese Regierung und ihre geplante Neuordnung von Politik, Gesellschaft und Justizwesen zu demonstrieren. Wie hält die israelische Zivilgesellschaft diesen Herausforderungen stand, angesichts wieder steigender Bedrohungen von außen? Welche Pläne hat die Regierung Netanyahu überhaupt und sind sie wirklich so bedenklich? Wie arbeitet eine Organisation, die sich der jüdisch-arabischen Koexistenz und der Shared Society in Israel verschrieben hat, unter diesen Umständen?
Torsten Reibold ist der Europarepräsentant von Givat Haviva, einer Organisation, die sich seit Jahrzehnten für eine gleichberechtigte und demokratische Zivilgesellschaft in Israel einsetzt. Gegründet 1949 von der Kibbutzbewegung und der links-zionistischen Jugendbewegung Hashomer Hatzair ist Givat Haviva ein Synonym für progressive und innovative Programme im jüdisch-arabischen Ausgleich, der Gleichberechtigung und demokratischer Gesinnung. Basierend auf seiner über 20jährigen Erfahrung mit Friedensarbeit für und in Israel gibt er an diesem Abend Einblick in die aktuelle Situation vor Ort und die Perspektiven für die mögliche weitere Entwicklung.
Online: www.givat-haviva.net/

Ort: ZeitZentrum Zivilcourage, Theodor-Lessing-Platz 1a, 30159 Hannover

Veranstaltende: Regionale Arbeitsgruppe Hannover von Gegen Vergessen für Demokartei

---

Ben Salomo: Deutscher Rap will keine Juden In seinem Ghetto
Impuls und Gespräch

Dienstag, 6. Juni 2023, 18 Uhr

Seit Jahren gibt es ein Antisemitismus-Problem in der deutschen Rap-Szene. Jahrzehnte nach dem Ende des Nationalsozialismus sehen sich Juden noch immer mit Vorurteilen konfrontiert, es kommt zu persönlichen Beleidigungen und Übergriffen.
Ben Salomo, einer der außergewöhnlichsten Rapper Deutschlands, gibt einen Impuls über historische Hintergründe, aktuelle Gesichtspunkte, Erfahrungen der Betroffenen und was gegen Antisemitismus konkret getan werden kann und auch muss!
Im anschließenden Gespräch mit Ben Salomo (jüdischer Rapper und YouTuber), Dr. Rebecca Seidler (Vorsitzende des Landesverbandes Israelitischer Kultusgemeinden) und Christoph Giesa (Publizist und Autor) ist auch Raum für Ihre Fragen.
Grußworte von Dr. Jens Binner (Direktor des ZeitZentrums Zivilcourage) und Walter Hirche (Landesminister a.D., Vorsitzender des Kuratoriums der Rudolf-von-Bennigsen Stiftung).
Wir bitten um Anmeldung unter: service@freiheit.org

Ort: ZeitZentrum Zivilcourage, Theodor-Lessing-Platz 1A, 30159 Hannover

Veranstaltende: ZeitZentrum Zivilcourage

Die Brandanschläge von Mölln 1992

Vorführung des Films „Der zweite Anschlag“ und anschließendes Gespräch mit Ibrahim Arslan

Sonntag, 11. Juni 2023, 14 Uhr

Am 23. November 1992 setzten zwei Neonazis das Haus der Familie Arslan in Mölln in Brand. Bei dem Anschlag wurden die zehnjährige Yeliz Arslan, die 14-jährige Ayşe Yilmaz und die 51-jährige Bahide Arslan ermordet. Weitere Familienmitglieder erlitten teils sehr schwere Verletzungen. Zuvor hatten dieselben Neonazis einen Brandanschlag auf ein weiteres Haus in Mölln verübt, in dem ebenfalls Menschen aus der Türkei lebten. Neun von ihnen waren dabei schwer verletzt worden. Ibrahim Arslan überlebte die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992. Bei dem Anschlag verloren seine Großmutter Bahide Arslan, seine Schwester Yeliz Arslan und seine Cousine Ayşe Yilmaz ihr Leben.
Er engagiert sich seit vielen Jahren in der Antirassismus-Arbeit, indem er bundesweit auf Veranstaltungen, Konferenzen, vor allem aber in Schulen aus der Perspektive der Betroffenen berichtet. Durch die „Möllner Rede im Exil“, die Ibrahim Arslan seit 2013 gemeinsam mit seiner Familie und dem Freundeskreis im Gedenken an die rassistischen Brandanschläge von Mölln 1992 veranstaltet, etablierte er eine neue Kultur des Gedenkens in Deutschland, die die Angehörigen rassistischer Morde und Anschläge aktiv miteinbezieht und gegen das Vergessen kämpft.

Ort: Gedenkstätte Ahlem, Heisterbergallee 10, 30453 Hannover

Veranstalterin: Region Hannover, Gedenkstätte Ahlem

Was die Steine uns erzählen:
Leben und Arbeiten in Hannover-Linden – Rundgang durch Linden-Mitte

Samstag, 17. Juni 2023, ab 14 Uhr

(Un-) Geliebtes Linden – Vom Bauerndorf zur Arbeiterstadt
Ein kleines Bauerndorf entwickelt sich in wenigen Jahrzehnten zu einer der großen Industriestädte Deutschlands. Wie lebten die Menschen in Linden? Was bedeutete die Industrialisierung für das Leben der vielen tausend zugereisten Arbeiter/innen? Warum ist Linden „rot"? Mit diesem Rundgang durch Linden-Mitte gehen wir auf Spurensuche aus dieser Zeit.

Treffpunkt: Biergarten am Lindener Turm Endpunkt: Cafe K, Egestorffstr. 18 Dauer: ca. 2 Stunden; Kosten: keine, Anmeldung: Astrid.Ritter@bw-verdi.de Rundgang mit Jörg Reinbrecht. Hinweis: dieser Rundgang findet auch am 16. September 2023 statt

Veranstaltende: Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen und Bildungswerk ver.di, Hannover

---

„Ich kann mir kein Schild umhängen, auf dem ‚Ich bin ein Deutscher' steht."
Vortrag und Podiumsdiskussion

Dienstag, 27. Juni 2023, 18 Uhr

Der Schwarze Hannoveraner Siegfried Wildt wurde 1909 in der Altstadt geboren. Als Fahrer in der Straßenreinigung konnte er die NS-Zeit überstehen; andere Schwarze Hannoveraner*innen wurden zur Auflösung ihrer Ehen mit weißen Personen gezwungen, in Arbeitserziehungslager gesteckt, zwangssterilisiert oder in Konzentrationslager verschleppt. Siegfried Wildt erlebte sein Leben lang viele Rassismus Erfahrungen und musste sich in seiner Heimatstadt immer wieder erklären und beweisen. Die Darstellung seiner Biographie im ZeitZentrum Zivilcourage ist ein wichtiges Signal von vergessener(ignorierter Geschichte. Belit Onay – Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover – wird die Veranstaltung durch ein Grußwort eröffnen (angefragt).
Vortrag (Dr. Edel Sheridan-Quantz) und Podiumsgespräch mit jungen Schwarzen Hannoveraner*innen (Moderation: Denis M'Baye). Brenda Davina und Victor Gyamfi sprechen mit Denise M'Baye, Oberbürgermeister Belit Onay und dem Direktor des ZeitZentrums Zivilcourage Dr. Jens Binner über die Bedeutung der historischen Kenntnis über Schwarze Hannoveraner*innen und heutige Schwarze hannoversche Identitäten.
„Seine Geschichte verdeutlich, wie wichtig es ist, eine Haltung zu entwickeln." (Brenda Davina)

Ort: ZeitZentrum Zivilcourage, Theodor-Lessing-Platz 1A, 30159 Hannover

Veranstalter: ZeitZentrum Zivilcourage, Theodor-Lessing-Platz 1A, 30159 Hannover

---

Die Kontroverse um Pius XII. und den Holocaust
Vortrag und Diskussion mit Dr. Matthias Daufratshofer, WWU Münster

Mittwoch, 28. Juni 2023. 19 - 20.30 Uhr

Im Fokus der Weltöffentlichkeit steht seit Jahrzehnten die Haltung des Vatikans während des Zweiten Weltkrieges. Was wusste Pius XII. über den Holocaust? Wie war die Haltung des ehemaligen Nuntius in Deutschland zum NS- Regime? Hat der Papst zur Verfolgung und Ermordung jüdischer Menschen geschwiegen oder seine Stimme erhoben? Im März 2020 öffnete der Vatikan endlich die Aktenbestände Pius' XII. für die Forschung.
Matthias Daufratshofer war am Tag der Archivöffnung vor Ort in Rom. Er wird von seiner Arbeit in den Vatikanischen Archiven berichten und erste spannende Funde präsentieren.

Ort: ZeitZentrum Zivilcourage, Theodor-Lessing-Platz 1A, 30159 Hannover

Veranstaltende: Katholische Akademie Hannover in Kooperation mit dem Zeitzentrum Zivilcourage; Anmeldung ist erforderlich unter info@kath-akademie-hannover.de

---

Debatte

Ukraine – Macht euch ehrlich!

*Es ist schon eine geraume Zeit her, da wir dazu ermuntert hatten, über die im Netzwerk und darüber hinaus strittigen Fragen zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine in einen diskursiven Dialog einzutreten. Was wir die letzten Monate beobachten, ist allerdings gegenseitiges Anschweigen. Man / frau besuchen jeweils unterschiedliche Veranstaltungen, wo sie ihre Auffassungen bestätigt sehen wollen, und ignorieren andere Angebote. Die Scheu, sich verbal die Köpfe einzuhauen, ist ja irgendwo sympathisch und Ausdruck politischer Einstellungen, um die wir uns bei der Pflege von Erinnerungskultur zusammengeschlossen haben. Doch produktives Arbeiten geht anders. Das Netzwerk wird deshalb zusammen mit einigen Kooperationspartner*innen – weitere sind willkommen – ab Herbst eine Reihe von Themen zur Diskussion anbieten, die nicht nur unmittelbar mit dem gegenwärtigen Krieg in der Ukraine zu tun haben, sondern auf politische gewachsene und auch ideologische Hintergründe gegenwärtiger kontroverser Haltungen eingehen: Etwa zum (selbst)kritischen Umgang mit der Geschichte der Friedensbewegung, zur Brandtscher Ostpolitik und zu*

westdeutschen Kapitalexporten in die SU, zu Imperialismus und Befreiungsbewegungen, auch zur russischen Revolution und dem Urteil über die Friedfertigkeit eines Sozialismus etc.

Daneben steht natürlich auch dieser Newsletter als Organ von Debatte zur Verfügung. Ausreichend Platz wird vorhanden sein. Den Beginn macht ein zweiteiliges Essay (in diesem und dem nächsten Newsletter), das Teile der o.g. Fragen aufnimmt.

Russischer Imperialismus

„Russland kann kein vom Meer abgeschnittenes Rumpfgebilde sein, das in fünf oder zehn Jahren zu zerfallen beginnt. Wir wollen solche Entwicklungen bereits jetzt vorbeugen, um spätere Gewalt zu verhindern. Russland wird als Großstaat existieren, dem kleine nationale Komponenten angeschlossen werden. So ist eben dessen Natur. Früher oder später verabschieden wir uns vom Leninschen Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Ich bin ein russischer Imperialist, und ich denke, dass der Reichsgedanke jene Variante ist, mit der Russland das 21. Jahrhundert überstehen wird. Ich sehe nichts Schlechtes daran, das Wort ‚Imperialist' braucht niemanden zu erschrecken." So der im Frühjahr 2022 verstorbene Führer der Liberaldemokratischen Partei Russlands Wladimir Schirinowski im Jahr 1992 als noch relativ unbekannter Politiker in einem Gespräch mit dem Journalisten Krzysztof Pilawski. Zwanzig Jahre später, am 8. April 2022, gewährte ihm Putin ein Staatsbegräbnis, bei dem er hervorhob, Schirinowski sei nicht nur ein „herausragender Politiker unseres Landes" gewesen, sondern seine „Prophezeiung" habe sich erfüllt. [1]

Gegenüber der Ukraine hat das Putin Regime seit 2014 diesen Imperialismus praktiziert, hat die Krim besetzt, den Donbass annektiert, nebenbei noch Lukaschenkos Regime in Belarus gegen die Demokratie- und Freiheitsbewegungen massiv gestützt und ab Februar 2022 die Ukraine mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg überzogen. Und dies mit einer Rücksichtlosigkeit und Grausamkeit gegen alle Bevölkerungsteile, wie sie zuvor in Tschetschenien, Georgien und Syrien mit tausenden von Opfern erprobt war. Putin hat in seinen berühmten und auch hier wohlbekannten Reden weite historische Bögen der Entwicklung eines großrussischen Reichs seit Iwan dem Schrecklichen gespannt, das seine größte Ausdehnung mit der Sowjetunion zu Ende des Zweiten Weltkriegs hatte, die es wiederherzustellen gelte. [2]

Die Aufrufer*innen der Friedenbewegten zu Ostern machen aus diesem imperialistischen Programm der Tat, das Putin ab 1999 persönlich seit dem zweiten Tschetschenienkrieg am Verwirklichen ist: „Dessen (Russlands) Sicherheitsinteressen hat die NATO mit ihrer Expansion nach Osten über Jahre ignoriert und missachtet. Entsprechende Warnung und diplomatische Initiativen hat sie im Vorfeld des Krieges mutwillig zurückgewiesen."[3]

---

[1] Krzysztof Pilawski/Holger Politt: Ein Krieg, der keiner sein sollte. Russlands Überfall auf die Ukraine aus Sicht unmittelbarer Nachbarn, Hamburg (VSA), 2022, S. 51, 53f.

[2] Orlando Figes: Eine Geschichte Russlands, Stuttgart 2022 gibt sachkundig und relativ knapp einen Einblick in die Geschichte Russlands. Auch: Martin Schulze-Wessel: Der Fluch des Imperiums – Die Ukraine, Polen und der Irrweg in der russischen Geschichte, München 2023.

[3] Flyer Ostermarsch 2023; Friedensbüro Hannover

Der militärische Angriff auf die Ukraine durch Russland sei zwar zu verurteilen, doch es müsse Verständnis für russisches Staatshandeln aufgebracht werden, da sich dieses Land durch imperiale NATO-Bestrebungen bedroht sehe. Putin habe schließlich schon lange davor gewarnt, dass Länder, die einst im sowjetischen Machtbereich gelegen hätten, sich nicht einfach als Nationen nach dem völkerrechtlichen Prinzip der Selbstbestimmung dem Zugriff Moskaus entziehen könnten. Der Angriff, der zwar nicht gebilligt werden könnte, sei aber quasi ein Akt der Selbstverteidigung und Selbstbehauptung Russlands gegen westlich-imperialistische Bestrebungen und Aktivitäten zu begreifen.

Zur Erinnerung: Die Sowjetunion blieb nach dem Bürgerkrieg ein großrussisches Reich, das formal das Selbstbestimmungsrecht der Völker der Sowjetunion anerkannte.[4] Formal deshalb, weil auch der von Putin so gescholtene Lenin wusste, dass das Supremat der kommunistischen Partei über Nation, Staat und Gesellschaft solches Recht de facto aushebeln würde. Die im Zweiten Weltkrieg Stalin von den anderen Siegermächten zugestandene Ausdehnung dieses Reichs auf ganz Osteuropa schuf eine Nachkriegsordnung, in der sich die Herrscher im Kreml und ihre Statthalter in den anderen Staaten Osteuropas einrichten konnten. Dieses Reich, 1990 an inneren Widersprüchen und dem Willen von einst angegliederten Nationen auf Selbstbestimmung zugrunde gegangen, will Putin mit imperialer Gewalt wieder herstellen.

NATO und Sowjetunion

Auch das zur Erinnerung: alle Prozesse der Integration der östlichen Volksdemokratien ins sowjetische Reich waren geprägt von Unterdrückung und Gewalt gegen die Bevölkerung zur Sicherung der Herrschaft der jeweiligen kommunistischen Parteien. Versuche, sich der diktatorischen Herrschaft in ihren Ländern zu entledigen, mussten die Polen 1956, Ungarn 1956, Tschechoslowaken 1968, wieder Polen 1980/81 bitter bezahlen. In allen drei Ländern intervenierte die sowjetische Macht mit Waffengewalt gegen demokratisch-freiheitliche

---

[4] Putin wird nur ansatzweise ahnen, was Lenin zur Nationalitätenfrage und zum inneren, d.h. großrussischen Imperialismus angemerkt hat. Er hat aber einen richtigen Gegner ausgemacht, denn Lenin stellte sich in Fragen des Selbstbestimmungsrechts, der Autonomie innerhalb der Sowjetunion massiv gegen Stalin oder im Fall Georgiens bzw. der Kaukasusregion gegen die dort mit massiver Unterdrückung agierenden ZK-Genossen Dzierzynski und Ordshonikidse. Er warnt vielmehr vor einem russischen Großmachtchauvinismus und Imperialismus. In einer Aufzeichnung zur Frage der Nationalitäten oder der Autonomisierung vom 1. Dez. 1922 heißt es:
„Wir Angehörigen einer großen Nation haben uns in der geschichtlichen Praxis fast immer einer Unzahl von Gewalttaten schuldig gemacht, ja mehr als das, unmerklich für uns selbst fügen wir den anderen eine Unzahl von Gewalttaten und Beleidigungen zu – ich brauche mir nur die Wolgazeit ins Gedächtnis zurückrufen und mich daran erinnern, wie man bei uns die Nichtrussen behandelt, wie man einen Polen nicht anders dann ‚Polacken' nennt, jeden Tataren als ‚Fürsten' verspottet, den Ukrainer nur beim Spitznamen ‚Chochol' ruft, alle Georgier und die Angehörigen anderer kaukasischer Stämme als ‚Kapkaser' verhöhnt. Deshalb muss der Internationalismus seitens der unterdrückenden oder sogenannten ‚großen' Nation […] darin bestehen, nicht nur die formale Gleichheit der Nationen zu beachten, sondern auch solch eine Ungleichheit anzuerkennen, die seitens der unterdrückenden Nation, der großen Nation, jene Ungleichheit aufwiegt, die sich faktisch im Leben ergibt. […] Eine Sache ist die Notwendigkeit, uns gegen die westlichen Imperialisten zusammenzuschließen. […] Ein andere Sache ist es, wenn wir selbst, sei es auch nur in Kleinigkeiten, in imperialistische Beziehungen zu den unterdrückten Völkern hineinschlittern und dadurch unsere ganze prinzipielle Aufrichtigkeit, unsere ganze prinzipielle Verteidigung des Kampfes gegen den Imperialismus untergraben."
Aufzeichnung zur Frage der Nationalitäten oder der Autonomisierung vom 1. Dez. 1922: In W.I. Lenin ausgewählte Werke, Band III, Berlin 1970, S. 849 ff.

Massenbewegungen. Den Anfang machte bekanntlich der Panzereinsatz im Juni 1953 in der DDR. Zu keinem dieser Ereignisse rührte das weltweit unter dem Kommando der USA oft aggressiv und imperialistisch agierende westliche NATO-Bündnis nur einen Finger gegen die Herrscher im Kreml. Mochten die Regimes des Westens im Innern noch so sehr gegen den Kommunismus und die Kommunist*innen, oder wen sie dafür hielten, hetzen und unterdrückerisch vorgehen, eine mal mehr mal weniger konfrontative Kooperation mit der östlichen Supermacht prägte deren Außenpolitik. Nukleare Aufrüstung und gegenseitige Bedrohung bestimmten lange Zeit das Verhältnis zwischen den Supermächten USA und UDSSR – beides galt der Abschreckung des jeweiligen Weltmachtrivalen bei gegenseitiger Anerkennung ihrer Einfluss- und Machtbereiche. In der Geschichte gibt es nur wenige bedeutende Ereignisse, in denen der Westen gegenüber der anderen Weltmacht reagierte: Unmilitärisch und humanitär im Zuge der sowjetischen Berlinblockade 1948 und mit einem Olympiaboykott 1980 wegen des sowjetischen Überfalls auf Afghanistan. Auf die Stationierung von sowjetischen Atomraketen auf Kuba reagierte die US-Administration unter J. F. Kennedy mit der Drohung eines atomaren Schlag gegen die UDSSR. Dieser einzigartige Akt der Konfrontation wurde mit dem Verzicht auf Stationierung von US-Atomraketen in der Türkei und SU-Raketen auf Kuba beigelegt.

Zugleich wurden viele Teile der Welt im Zuge der antikolonialen Befreiungskämpfe der Völker in die Rivalität der beiden Supermächte hineingezogen. Zur seit dem 19. Jahrhundert zum Dogma erhobenen Monroe-Doktrin, die Mittel- und Südamerika zum auch militärisch abzusichernden Einflussgebiet der US erklärt hatte, erweitert um Ansprüche und Eroberungen im Pazifik (z.B. Philippinen) im Pazifik, gesellte sich im 20. Jahrhundert die US-Domino-Theorie, die jede Befreiungsbewegung gegen westliche Imperialmächte als Ausweis sowjetischen Weltbeherrschungsstrebens verstand. Dem gelte es mit allen Mitteln Einhalt zu gebieten. Der amerikanische Vernichtungskrieg gegen Vietnam war dabei zugleich Höhepunkt als auch Knickpunkt dieser militärischen Form von Weltpolitik. Fortan zogen es die US-Regierungen vor, ihnen kritisch gesonnene Regierungen zu stürzen, subversive US-freundliche Bewegungen zu unterstützen und autokratische Regime zu installieren oder zu festigen. Auch Militärische Gewalt in Form von „Spezialoperationen“ wurde zum probaten Mittel von Regime Change Manövern in oft hoher Grausamkeit. Die hehren Ansprüche von Demokratie, Freiheit und Wohlergehen wurden in der Praxis tatkräftigt denunzierend praktiziert.

Das alles ist bekannt, und Veteran*innen unter den heutigen Osterfriedenskünder*innen waren mit Recht ständig im Protest gegen die imperiale Politik der USA und auch der NATO gegenüber den Ländern der Dritten Welt unterwegs. Friedensbewegte Tauben waren dabei kaum zu sehen. Im Gegenteil: die bewaffneten Kämpfe in Afrika und Asien, die Guerilla Aktionen in Süd- und Mittelamerika gegen Kolonialismus und Imperialismus, für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wurden so gut als möglich unterstützt – auch gegen entsprechende Repressionen in dieser Republik. Doch sie schwiegen in ihrer Mehrheit betreten, als sowjetische Panzer den Prager Frühling 1968 niederwalzten, sie waren ebenso stumm beim Überfall der UDSSR auf Afghanistan. Im Gegenteil: Den Boykott der olympischen Spiele 1980 in Moskau hielten etliche – „Sportler für den Frieden“ an der Spitze – für ein unberechtigtes US-amerikanisches Manöver, das die Spannungen zwischen Ost und

West verschärfen würde. Die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa und Deutschland als Reaktion auf die massive Aufrüstung der UDSSR wurde demonstrierend als Gefährdung des Weltfriedens gebrandmarkt. R. Reagan, gewiss ein übler Reaktionär und Imperialist, wurde als Kriegstreiber charakterisiert, sein Gegenüber Breschnew zum Friedensapostel stilisiert, ganz so als sei ein sich sozialistisch nennender Staat, der zudem noch aus einer proletarischen Revolution hervorgegangen wäre, per Deklamation und Definition grundsätzlich friedfertig. Vorwurfsvoll im Unterton klang das Weltlagebild, die USA würden die Sowjetunion zu Tode rüsten. Um dabei dem US-Imperialismus in den Arm zu langen, hieß die Haltung im Bonner Hofgarten „ohne mich“ unter dem Motto: Wir fordern Frieden, weil uns sonst die Atomraketen auf den Kopf fallen.

Frieden im Totalitären?

Heute lautet diese spezielle Form von Verantwortungsethik: „Entscheidend ist es, die Eskalation des Krieges zu stoppen“. So heißt es im Aufruf „Frieden schaffen“ von einigen mehr oder minder Promis aus der Region Hannover, für den Hartmut Meine presserechtlich zeichnet. (Anzeige in der HAZ v. 7.4.2023) Entscheidend für wen, bitte? Zwar wäre der Angriff auf die Ukraine völkerrechtswidrig und nicht zu rechtfertigen, doch halt Fakt. Der hartnäckige Widerstand der Ukraine, auch ermöglicht durch militärische, wirtschaftliche, politische und humanitäre Unterstützung aus Europa und den USA drohe Putin in die Enge zu treiben, dass er – ganz so als sei das seine Ultima Ratio – mit einer atomaren Eskalation drohe. Und dieser Drohung müsse man sich beugen. Soll heißen, die Ukraine ihrem Schicksal der Vernichtung überlassen, soll heißen, den imperialen großrussischen Visionen mit Großmut begegnen, soll heißen, sich einem totalitären Kriegsherrn ausliefern. Doch selbst wenn solch selbstmörderisches Kalkül in Erwägung gezogen würde: Wann haben die Person Putin und sein Apparat aus Geheimdiensten, Militär, Mafiakriminellen und willigen Oligarchen jemals einen Krieg, den sie vom Zaun gebrochen oder gefördert haben und fördern, in einen Friedensprozess verwandelt? Welche Illusionen soll man sich eigentlich noch über russische Politik seit 1999 machen? Soll protestantischer Glaube an eine Welt ohne Waffen, wie Frau Käßmann nicht müde wird zu predigen (etwa in einem Interview mit der HAZ v. 6.4.2023), Friedenspolitik sein? Die Antwort, wie denn solch ein Frieden des Putinschen Diktats über Völker und Politik in Europa aussehen könnte und sollte, bleiben Frau Käßmann und andere Friedensbewegte schuldig. Nein! *Entscheidend ist* gegenwärtig und in naher Zukunft, dass das ukrainische Volk der russischen Aggression widersteht, um in Frieden und Freiheit leben zu können. Diesen Kampf massiv zu unterstützen ist noch nicht einmal eine altruistische Haltung, sondern eine elementare Frage um den Erhalt unserer demokratisch freiheitlichen Lebensweise. Die sozialen Kosten, die aufreibenden politischen und ideologischen Abwehrkämpfe gegen reaktionär-autoritäre Rechts- und Querfrontbewegungen von ideologischen Putin-Klons in Europa, die Putin ermuntert, binden Kräfte und Ressourcen, die die politischen Gemeinwesen schwächen. In seinem kulturimperialistischen Programm der Tat gegen freie Gesellschaften findet Putin in Europa und der Welt bei reaktionär-nationalistischen, protofaschistischen, faschistischen und nationalbolschewistischen Führer*innen und ihren Bewegungen hohe Anerkennung. „Awake – not woke“ lautet ein Motto der weltweit agierenden CPAC-Konferenz (Conservative Political Action Conference) vom August 2022 in Dallas /Texas im, die für den 4. und 5. Mai

von Victor Orbán nach Budapest eingeladen war. Der Wiederaufstieg des Totalitarismus in Russland ist im Innern geprägt von Terror, Gewalt, Propaganda und Angst. [5] Der Vernichtungskrieg gegen die Ukraine und die Androhung von noch mehr Gewalt und atomarer Bedrohung gegen andere Völker ist die äußere Seite eines auf Vernichtung gerichteten politischen Systems.

Peter Schyga

Im nächsten Newsletter werden folgende Gesichtspunkte erörtert: Brandtsche Ostpolitik Missverständnisse und Mythen; Eigentümlichkeiten sozialdemokratischer Positionen gegenüber Russland, der Sowjetunion und den Bolschewiki; Stabilität ist alles: Haltungen gegenüber demokratischen Bewegungen im Osten Europas.

[5] Zwei kurze Aufsätze zu diesen Beziehungen in diktatorischen Herrschaftssystemen seien zum (Nach)lesen empfohlen. Franz Neumann: Angst und Politik, in ders.: Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik, 1967, S. 224-247 und/oder die Zusammenfassung und Konkretisierung von Neumanns Gedanken in: Gert Schäfer: Zu Franz Neumanns „Angst und Politik“ in: Peter Schyga (Hrsg.) Gewalt und Politik: Studien zu Nationalsozialismus und totaler Herrschaft. Edition Gert Schäfer, 2014 S. 343-358.

Impressum:

Der Newsletter erscheint zum Ende jedes ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe war am 22. März 2023. **Redaktionsschluss des nächsten Newsletters ist der 23. Juli 2023.**

Redaktion: Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent), PS
Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., Kirchstr. 1/ Pariser Platz, 30449 Hannover; Tel. 0511/ 67437122;
erinnerung-und-zukunft@gmx.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.